



Prof. Dr. Martin Doevenspeck,
Universität Bayreuth.

5.965 Zeichen
Abdruck honorarfrei
Beleg wird erbeten

Migration als „Normalfall mit innovativem Potenzial“

Expertenanhörung im Deutschen Bundestag mit dem Bayreuther Geographen Prof. Dr. Martin Doevenspeck

Notunterkünfte in Zeltedörfern, überfüllte Boote auf den Meeren und kilometerlange Trecks auf staubigen Straßen bestimmen oft die Darstellung von ‚Migration‘ und ‚Flucht‘ in den Medien, ohne dass beide Begriffe klar unterschieden werden. Auch politische Diskussionen über die Ursachen und Folgen dieser Prozesse lassen sich nicht selten von solchen eindrücklichen Bildern leiten. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit Flüchtlingen und Migranten setzt jedoch ein sachlich fundiertes, hinreichend differenzierendes Verständnis ihrer jeweiligen Lebensverhältnisse, Interessen und Ziele voraus. Daher hat der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter Vorsitz von Dagmar G. Wöhrl, MdB, hat daher am 4. Juni 2014 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen unter dem Rahmenthema „Flüchtlinge, Migration und Entwicklungspolitik“ veranstaltet. Dabei ging es zunächst um „Formen der Migration und Flucht von Menschen in Entwicklungsländern – Ursachen, Motivationen und Größenordnung“. Prof. Dr. Martin



Doevenspeck vom Geographischen Institut der Universität Bayreuth, der zugleich Vizesprecher der Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS) ist, war hierfür als Experte eingeladen worden. In seinen Stellungnahmen während des Hearings konnte er sich auf langjährige eigene Forschungsarbeiten stützen – sei es zu Migrationsprozessen in Westafrika oder zu bewaffneten Konflikten im Bereich der Großen Seen in Zentralafrika, insbesondere in der Demokratischen Republik Kongo.

Gegenüber den im Ausschuss vertretenen Bundestagsabgeordneten machte Prof. Doevenspeck darauf aufmerksam, dass die internationale Migration – verstanden als räumliche Verlegung des Lebensmittelpunktes in ein anderes Land – weltweit nicht gestiegen ist, wenn man sie ins Verhältnis zum globalen Bevölkerungswachstum setzt. Internationale Migranten machen heute, genauso wie bereits 1960, nur rund 3 Prozent der Weltbevölkerung aus. Viel stärker fällt die Binnenmigration, also die Migration innerhalb eines Landes, ins Gewicht. Schätzungen gehen derzeit von weltweit 760 Millionen Binnenwanderern aus, die zu einem großen Teil in den bevölkerungsreichen Staaten China, Indien, Indonesien, Nigeria und Brasilien leben. Auch die Migration innerhalb größerer regionaler Einheiten ist auffällig. So bleiben 70 Prozent aller internationalen Migranten, die aus westafrikanischen Ländern stammen, in Westafrika.

Der Bayreuther Experte für Politische Geographie betonte, dass Migration in den meisten Fällen nicht durch Armut und Gewalt erzwungen, sondern Ausdruck einer persönlichen Lebensentscheidung sei. Er forderte deshalb von der Politik eine stärkere Bereitschaft, Migration als Ausdruck einer Strategie anzuerkennen, die auf bessere Lebensbedingungen und auf die Realisierung bestimmter Lebensstile ausgerichtet ist. Infolge der Globalisierung sei weltweit mit einem Anstieg von Migrationsprozessen zu rechnen, die auf diese Weise motiviert sind.

„Migrationsverhinderung kann kein politisches Ziel sein“, erklärte Prof. Doevenspeck daher im Bundestagsausschuss. Gerade die ökonomischen Fortschritte in ärmeren Ländern würden dazu führen, dass den Menschen dort grundsätzlich mehr finanzielle Mittel für eigene Mobilität zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass Migrationsprozesse aus der Perspektive der wohlhabenden westlichen Industrieländer sehr



verzerrt wahrgenommen und bewertet würden. Räumliche Mobilität im Globalen Norden gelte als Ausdruck von Erfolg, Wohlstand und Freiheit; finde sie im Globalen Süden statt, werde sie jedoch häufig als Folge von Mangel und Unordnung aufgefasst.

Damit gehe die Vorstellung einher, Migration in den Ländern des Südens sei eine Abweichung von einem ‚Normalzustand‘, der mit politischen Konzepten und Maßnahmen wiederhergestellt werden müsse. Diese Absicht orientiere sich jedoch an einem rückständigen Ideal von Sesshaftigkeit, so Prof. Doevenspeck. Vieles deute derzeit auf eine ‚Generalisierung‘ von Migrationsprozessen hin, die tendenziell alle Regionen in der Welt betreffe. Die sozialgeographische Forschung komme heute zu der Erkenntnis, dass räumliche Mobilität im Zeitalter der Globalisierung den gesellschaftlichen Aufstieg des Einzelnen entscheidend fördert und mit dafür ausschlaggebend ist, welcher sozialen Schicht man angehört. Die Netzwerke, welche die Einwanderer in ihren jeweiligen Zielländern ausbilden, würden in vielen Fällen dazu beitragen, internationale Mobilität zu verstärken: „Migration führt zu mehr Migration.“

Wie sich diese Entwicklungen auf die Ziel- und Herkunftsländer der Einwanderer auswirken, ob Verteilungskonflikte verschärft werden, ein einseitiger „Brain drain“ stattfindet oder ob Migrationsprozesse sich auf Ziel- und Herkunftsländer gleichermaßen vorteilhaft auswirken – dies alles hänge, so Prof. Doevenspeck, wesentlich davon ab, wie Migrationsprozesse seitens der Politik begleitet und gestaltet werden. Er plädiert dafür, diese Prozesse und sogar die damit möglicherweise verbundenen Konflikte „als Normalfall mit innovativem Potenzial und nicht als Problem an sich“ wahrzunehmen.

„Die Bundestagsabgeordneten im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben meine Ausführungen sehr positiv aufgenommen“, berichtet der Bayreuther Experte. „Ich denke, es ist im Verlauf der Anhörung deutlich geworden, wie wichtig es ist, sich von klischeehaften Vorstellungen über die Ursachen und die Größenordnungen von Wanderungsbewegungen zu lösen. Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien in jüngster Zeit ist ja nicht zuletzt auch auf solche Fehleinschätzungen zurückzuführen. Umso mehr ist eine realistische Perspektive gefordert, die Migration nicht von vornherein mit ‚Flucht‘ gleichsetzt und sie vielmehr als integralen Bestandteil der Globalisierung



anerkennt. Auf dieser Grundlage werden politische Entscheidungsträger das innovative Potenzial von Migrationsprozessen nutzen können.“

Informationen auf der Homepage des Deutschen Bundestags:

www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/anhoerung-zuwanderung/281420

Kontakt:

Prof. Dr. Martin Doevenspeck
Professur für Raumbezogene Konfliktforschung
Universität Bayreuth
Geographisches Institut
D-95440 Bayreuth
Tel.: +49 (0)921 55 2273
E-Mail: doevenspeck@uni-bayreuth.de

Text und Redaktion:

Christian Wißler M.A
Stabsstelle Presse, Marketing und Kommunikation
Universität Bayreuth
D-95440 Bayreuth
Tel.: +49 (0)921 55-5356
E-Mail: mediendienst-forschung@uni-bayreuth.de

Foto: Prof. Dr. M. Doevenspeck; zur Veröffentlichung frei.

In hoher Auflösung zum Download unter:

www.uni-bayreuth.de/presse/images/2014/109/



Kurzporträt der Universität Bayreuth

Die Universität Bayreuth ist eine junge, forschungsorientierte Campus-Universität. Gründungsauftrag der 1975 eröffneten Universität ist die Förderung von interdisziplinärer Forschung und Lehre sowie die Entwicklung von Profil bildenden und Fächer übergreifenden Schwerpunkten. Die Forschungsprogramme und Studienangebote decken die Natur- und Ingenieurwissenschaften, die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Sprach-, Literatur und Kulturwissenschaften ab und werden beständig weiterentwickelt.

Gute Betreuungsverhältnisse, hohe Leistungsstandards, Fächer übergreifende Kooperationen und wissenschaftliche Exzellenz führen regelmäßig zu Spitzenplatzierungen in Rankings. Die Universität Bayreuth belegt 2014 im weltweiten Times Higher Education (THE)-Ranking ‚100 under 50‘ als eine von insgesamt sechs vertretenen deutschen Hochschulen eine Top-Platzierung.

Seit Jahren nehmen die Afrikastudien der Universität Bayreuth eine internationale Spitzenposition ein; die Bayreuther Internationale Graduiertenschule für Afrikastudien (BIGSAS) ist Teil der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Die Hochdruck- und Hochtemperaturforschung innerhalb des Bayerischen Geoinstituts

genießt ebenfalls ein weltweit hohes Renommee. Die Polymerforschung ist Spitzenreiter im Förderranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Die Universität Bayreuth verfügt über ein dichtes Netz strategisch ausgewählter, internationaler Hochschulpartnerschaften.

Derzeit sind an der Universität Bayreuth rund 13.000 Studierende in mehr als 100 verschiedenen Studiengängen an sechs Fakultäten immatrikuliert. Mit ca. 1.200 wissenschaftlichen Beschäftigten, davon 224 Professorinnen und Professoren, und rund 900 nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Universität Bayreuth der größte Arbeitgeber der Region.